

CONV 385/02

WG VII 10

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe VII "Außenpolitisches Handeln"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung am 29. Oktober 2002

I. Eröffnung der Sitzung und einleitende Bemerkungen des Vorsitzes

1. Der Stellvertretende Vorsitzende Dehaene erinnerte daran, dass in der letzten Sitzung ein vom Sekretariat erstellter Vermerk mit dem Entwurf eines Textes über die Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der EU verteilt worden war (WD 7, das der Gruppe auch über E-mail übermittelt wurde). Kommissionsmitglied Barnier und Herr Attalides haben ihre Bemerkungen (WD 13 bzw. WD 12) zu diesem Textentwurf bereits dem Sekretariat übermittelt und der Vorsitz forderte die übrigen Mitglieder der Gruppe auf, dies so bald wie möglich zu tun.
2. Abgesehen von dem Vermerk über die Grundsätze und Ziele und dem Vermerk über die Ressourcen der Europäischen Organe (WD 6), die bereits in der vorhergehenden Sitzung ausgegeben worden waren, wurden zwei weitere Hintergrundpapiere vom Sekretariat verteilt: ein Dokument über bestimmte finanzielle Aspekte des außenpolitischen Handelns der EU (WD 14) und ein Dokument zu den Rechtsgrundlagen, den Zuständigkeiten, den Instrumenten und den Beschlussfassungsverfahren im Rahmen des außenpolitischen Handelns der EU (WD 15).

II. Außenvertretung der EU im Rahmen internationaler Organisationen und im Rahmen bilateraler Beziehungen

3. Thema der Sitzung war die Außenvertretung der EU im Rahmen internationaler Organisationen und im Rahmen bilateraler Beziehungen, und die Tagesordnung der Sitzung

(CONV 365/02) enthielt bestimmte spezifische Fragen zur Erörterung durch die Gruppe. Hierbei ging es um Überlegungen über etwaige Änderungen der Regelungen für die Außenvertretung, durch die sich der Einfluss der Union auf internationaler Ebene steigern ließe, den Spielraum für eine rationellere Gestaltung der Vertretungsregelungen, die Verbesserung der für die Formulierung gemeinsamer Standpunkte hilfreichen Mechanismen, die Frage, wie im Rahmen des politischen Dialogs für mehr Klarheit und Kontinuität gesorgt werden könnte, und die Verbesserung der Synergieeffekte zwischen den diplomatischen Vertretungen und den Delegationen in Drittländern.

4. Mehrere Mitglieder hoben hervor, dass eine Einigung auf die Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der EU und die Festlegung der Zuständigkeiten von größter Bedeutung sei und dass die Frage der Außenvertretung der EU dazu in enger Verbindung stehe.

Internationale Organisationen

5. Es wurde allgemein anerkannt, dass die EU den größten Einfluss geltend machen könne, wenn sie mit einer Stimme spreche. Einige Mitglieder wiesen erneut darauf hin, dass allerdings pragmatisch vorgegangen werden müsse und zu berücksichtigen sei, dass für spezifische Bereiche des außenpolitischen Handelns möglicherweise besondere Regelungen erforderlich seien. Dies gelte auch im Zusammenhang mit internationalen Organisationen.
6. Mehrere Mitglieder führten an, es erscheine sinnvoll, dass es für die EU in Organisationen, die sich mit den externen Aspekten der Fragen befassen, die unter ihre interne Zuständigkeit fallen, nur einen einzigen Vertreter gäbe. Ferner waren einige der Ansicht, dass der von diesem einzigen Vertreter zu verfechtende Standpunkt mit qualifizierter Mehrheit festgelegt werden sollte, sofern diese Regel in dem betreffenden internen Zuständigkeitsbereich Anwendung finde. Einige Mitglieder der Gruppe schlugen vor, dass mit der Prüfung der Möglichkeiten einer einheitlichen Vertretung beispielsweise in Bezug auf die IFI begonnen werden könnte. Ein Mitglied hob hervor, dass zwischen der Mitgliedschaft in diesen Organisationen und der Frage der einheitlichen Vertretung zu unterscheiden sei.
7. Mehrere Mitglieder betonten, dass im Hinblick auf Organisationen, die eindeutig politischer Natur seien, pragmatisch vorgegangen werden müsse. Es sei nicht realistisch, Änderungen der Vertretung im VN-Sicherheitsrat zu erörtern, wenn in jedem Fall nur die Vertretung von Staaten möglich sei. Es sollten jedoch Bemühungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten mit einer Stimme sprechen/die gleiche Botschaft vermitteln.

Bilaterale Beziehungen

8. In der Gruppe bestand allgemeines Einvernehmen zur Notwendigkeit, die Vertretung in Drittländern klarer und verständlicher zu gestalten. Die Umwandlung der Delegationen der Kommission in Delegationen der EU wurde einstimmig befürwortet. In diesem Zusammenhang wurde daran erinnert, dass diese Delegationen bereits jetzt den Hohen Vertreter durch Berichte unterstützen und somit gegenwärtig bereits in einem weiteren Rahmen arbeiten.
9. Die Umwandlung in EU-Delegationen wurde von einigen Mitgliedern jedoch als nicht ausreichend angesehen; diese waren der Ansicht, es müsse noch viel getan werden, um die Koordination und die Kohärenz der Tätigkeiten vor Ort zu verbessern.
10. Einige regten an, dass die EU-Delegationen auch die Mitgliedstaaten in Drittländern vertreten könnten, in denen diese keine Vertretung haben. Einige Mitglieder schlugen ferner vor, dass die EU-Delegationen in begrenzten Fällen möglicherweise als die einzige Vertretung der EU und der Mitgliedstaaten fungieren könnten.

Die Rolle des Hohen Vertreters

11. Mehrere Mitglieder hoben hervor, dass der Hohe Vertreter seine Legitimität und Autorität vom Europäischen Rat herleite, von dem er ernannt werde, und dass er gegenüber dem Rat rechenschaftspflichtig sei. Mehrere Mitglieder der Gruppe wiesen erneut auf ihren Vorschlag hin, dass der Hohe Vertreter auf den Tagungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten und Außenbeziehungen) den Vorsitz führen sollte, damit eine größere Kohärenz und Kontinuität sichergestellt wird als im Rahmen des gegenwärtigen turnusmäßigen Wechsels des Vorsitzes möglich sei. Einige vertraten die Ansicht, der Hohe Vertreter solle zu einem "Außenminister" der Union werden. Mehrere Mitglieder wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Verbindung zwischen dem Vorsitz des Europäischen Rates und der Erwägung der Außenvertretung der Union bestehe. Es bestand jedoch allgemeines Einvernehmen darüber, dass dieses Thema zwar zu berücksichtigen ist, die Gruppe sich aber nicht auf eine Debatte über den weiter gehenden institutionellen Kontext einlassen wird - diese Frage soll zu einem späteren Zeitpunkt vom Plenum erörtert werden.
12. Mehrere Mitglieder befürworteten eine Verschmelzung der Funktionen des Hohen Vertreters und des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds. Von mehreren Mitgliedern wurde hervorgehoben, dass der Hohe Vertreter die Autorität des Rates haben müsse, und von einigen wurde vorgeschlagen, er sollte vom Rat ernannt werden, aber Mitglied der Kommission sein. Ein Mitglied warnte vor einer Situation, in der der Hohe Vertreter den Vorsitz

im Rat (Auswärtige Angelegenheiten und Außenbeziehungen) innehave und gleichzeitig Mitglied der Kommission sei, da diese Funktion hierdurch mit einer erheblich größeren Machtkonzentration verbunden wäre als der Kommission in der ersten Säule zukomme.

13. Einige sprachen sich gegen eine Verschmelzung der Funktionen des Hohen Vertreters und des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds aus, da für diese Funktion ein Mandat des Rates erforderlich sei und ein derartiges Mandat schwer mit dem Kollegiumscharakter der Kommission zu vereinbaren wäre. Ihrer Ansicht nach könnten pragmatische Lösungen zur Verbesserung der Koordinierung zwischen dem Hohen Vertreter und der Kommission und zur Stärkung der Funktion des Hohen Vertreters entwickelt werden. Es wurde hervorgehoben, dass vor allem für Kohärenz zwischen den Politikbereichen zu sorgen sei und es ferner möglich sein müsse, die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für eine - erforderlichenfalls rasche - Unterstützung der Politik durch konkretes Handeln zu gewährleisten.
14. Ein Mitglied der Gruppe legte spezifische Vorschläge für praktische Maßnahmen vor, durch die die Rolle des Hohen Vertreters gestärkt und die Wirksamkeit der GASP verbessert werden könnten (ein entsprechendes Dokument wurde in der Sitzung verteilt und wird noch auf elektronischem Wege übermittelt). Hierzu gehörten im Einzelnen: die Zuerkennung eines Initiativrechts an den Hohen Vertreter und die Möglichkeit, bestimmte Vorschläge gemeinsam mit dem für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglied vorzulegen; die Teilnahme des Hohen Vertreters an Sitzungen der Kommission; die Trennung der Funktionen des Hohen Vertreters und des Generalsekretärs des Rates; die Ernennung einer begrenzten Zahl von Stellvertretenden Hohen Vertretern; ein verstärktes Sekretariat zur Unterstützung des Hohen Vertreters und gegebenenfalls gemeinsame Dienststellen, die für das Ratssekretariat und die betreffenden Kommissionsdienststellen tätig sind; und die Bereitstellung angemessener Haushaltsmittel, die über die gegenwärtigen GASP-Mittel hinausgehen, einschließlich der Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Sonderbeauftragten.

III. Nächste Sitzung

15. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 13. November 2002, um 14.30 Uhr statt. Der Stellvertretende Vorsitzende Dehaene teilte der Gruppe mit, dass das Sekretariat für diese Sitzung einen ersten Entwurf von Bestandteilen der Schlussfolgerungen der Gruppe erstellen wird.
16. Die Erörterungen sollten sich auf diesen Text konzentrieren. Die Mitglieder der Gruppe wurden ferner daran erinnert, dass am 14. November um 9.00 Uhr eine gemeinsame Sitzung mit der Gruppe VIII stattfindet.